



Die Verwertungszwänge brechen

Das System hat keine Fehler, es ist der Fehler

Mensch und Natur, Technik und Kapital, Arbeitskraft und Arbeitszeit... der neoliberale „laissez-faire“-Kapitalismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert will alles und jedes seiner absoluten Verfügungsgewalt unterwerfen.

Von Roland Brunner

Der Markt wird zum Naturgesetz hochstilisiert, das politische Gestaltungsmöglichkeit ausschliesse. Nicht die Globalisierung selbst, sondern der überall verbreitete Glaube, ihre Deformation zur neoliberalen Modernisierung mehr den Wohlstand aller Wirtschaftsstandorte (Städte, Regionen, Nationen) und BürgerInnen, ist ein Mythos, der von bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen ablenkt.

George Soros, berühmter Spekulations-Milliardär und sozialer Wohltäter für eine „freie Gesellschaft“, hält fest: „Der Marktfundamentalismus ist inzwischen so mächtig, dass alle politischen Kräfte, die sich ihm zu widersetzen wagen, kurzerhand

als sentimental, unlogisch und naiv gebrandmarkt werden.“ Diese *pensée unique*, der von Pierre Bourdieu konstatierte Einheitsbrei im Kopf, tritt im Namen der Modernität, der Freiheit, des Fortschritts an und verspricht die Emanzipation aller Menschen durch wirtschaftliche Prosperität. In Wirklichkeit führt diese reaktionäre Ideologie zur Unterjochung des Menschen unter die modernisierte Ausbeutung.

Neue Untertanen-Identitäten

Der Mensch wird gemäss dieser Ideologie wieder zum Untertan der – neuen, ökonomisierten – Natur. Mensch wird zum Wirtschaftsfaktor reduziert, der global und rund um die Uhr verfügbar sein soll – mit Sonntags-Rechten als BürgerInnen, vor allem aber mit Werktags-Pflichten gegenüber der Wirtschaft. Die Aushöhlung politischer Einflussrechte wird erkaufte mit dem Zugang zu einer wunderbaren neuen Warenwelt. Die Zerschlagung politischer Regulierungsmöglichkeiten wird le-

gitimiert über die Propagierung des Weltbürgertums in Form ökonomischer und kultureller Globalisierung und des Pluralismus der Lebensstile. Während aber für Güter und Gelder Grenzen wirklich abgeschafft und neue „Freiheiten“ geschaffen werden, reagieren Politik und Gesellschaft mit Ausgrenzung, mit Migrationsverhinderung, mit Integrationsverweigerung. Obwohl Konsum und Ferienverhalten sich nicht mehr nach Grenzen richten, fehlt es an Offenheit des Geistes, an Freiheit des Denkens und Handelns, an internationaler Solidarität und dem Bewusstsein als WeltbürgerIn.

Der Wettlauf der Wirtschaftsstandorte führt zu einem Standortnationalismus, der die traditionelle „Sorge um das Vaterland“ auf den Fetisch „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ bezieht und den „eigenen“, von der Globalisierung angeblich bedrohten Wirtschaftsstandort zum Fixpunkt des politischen Handelns macht. Sozialdarwinismus, Standortnationalismus und Wohlstands-Chauvinismus gehören zu

den Begleiterscheinungen eines Denkens, das sich mit dem „eigenen“ Wirtschaftsstandort identifiziert und dessen Schicksal auf dem Weltmarkt geradezu hypostasiert. Der modernisierte, wirtschaftsliberale Rechtsextremismus will nicht mehr fremde Länder, sondern neue Märkte erobern. Standortnationalismus stellt ein ideologisches Bindeglied zwischen dem Liberalkonservatismus und dem Rechtsextremismus dar. Was den Standortnationalismus für die Führungskräfte in Wirtschaft, Politik und Verwaltung attraktiv macht, ist die Möglichkeit, den Menschen damit zwecks Sicherung / Wiedergewinnung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ihres Landes materielle Opfer und eine höhere Arbeitsmoral abzuverlangen oder sie für eine Senkung von Löhnen und Gehältern und Umweltstandards zu gewinnen.

Glücksritter und Abhängigkeiten

Die zunehmenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ungleichheiten auf globaler und lokaler Ebene betreffen alle Bereiche der Existenz. Während einige Modernisierungsgewinner(innen?) als *Share holder* die milliardenschweren Profite der virtuellen Wirtschaft einsacken, bezahlen Millionen Menschen die modernisierte Wirtschaft mit Arbeitshetze und sozialer Unsicherheit, mit prekarierten Arbeitsverhältnissen und marginalisierten Lebensbedingungen.

Die Zwangsläufigkeit, mit der in den letzten Jahren Reiche reicher und Arme ärmer wurden, wird nur verschleiert durch die Zufälligkeit, mit der einige Glücksritter des schnellen Geldes sich an Börse oder Hightech-Branche bereichern. Oft wird aus dieser Gewinner- und Siegermentalität aber schnell ein Verlierertrauma, wenn selbst Top-Manager wegrationalisiert und schnell gewonnenes Geld und Prestige von Börsenzufälligkeiten weggeputzt werden. Übrig bleibt die Abhängigkeit vom Erwerbseinkommen, der sich ein immer noch wachsender Teil der Gesellschaft ausgeliefert sieht.

Das Gefühl, dieser Wirtschaft chancenlos ausgeliefert zu sein, erzeugt die Ohnmacht, die Menschen

zu willigen Arbeitskräften macht, die sich ohne Aufmucken ausbeuten lassen und gleichzeitig nichts mehr wünschen, als dieser Maschine zu entinnen. Die Flucht in vermeintliche Freizeit-Alternativen, in Nationalchauvinismus und Rassismus, in Religion und Sektenwesen, in Konsumrausch und Zerstörungswut, in virtuelle Welten und schnelles Glück ist die Kehrseite dieser Ohnmacht. Zwischen völliger Apathie und Maschinenstürmerei liegt eine dünne Grenzlinie.

Alles und jeder an die Börse, dort liegt das Geld. Börsen-Spekulation hat inzwischen Massencharakter erreicht, indem auch Volksvermögen zu Risikokapital wird und sich alle ein bisschen als *Broker* und *Banker* fühlen und an den Spekulationsgewinnen teilhaben dürfen. Auch dieser „Volkskapitalismus“, der formal eine breite Streuung des Reichtums vorgaukelt, bleibt aber vor allem eines: Kapitalismus – und damit den Zwängen der Mehrwertschöpfung und Profitmaximierung ausgesetzt.

Kampf gegen Profitzwänge

Das System eines modernisierten Kapitalismus hat keine Fehler – es ist der Fehler, auch wenn die europäische Sozialdemokratie versucht, über einen Klassenkompromiss der neuen Mitte die Folgen des Systems sozialverträglich abzufedern. Die europäische Modernisierungsstrategie führt zur verschärften Marginalisierung schwächerer Gruppen – sowohl in der globalen Arbeitsteilung als auch innerhalb unserer Gesellschaften. Der wachsende internationale Protest gegen Institutionen und Politik der Weltwirtschaft zeigt, dass dies nicht mehr hingenommen wird.

Der vermeintlichen – weil durch politische Entscheide konstruierten – Sachzwang- und dieser Verwertungslogik muss das Recht auf gesellschaftliche Selbstbestimmung entgegengesetzt werden. Der Kapitalismus zeigt ein menschliches Antlitz einzig dort, wo Menschlichkeit gegen den Kapitalismus und seine (Un-)Logik erkämpft wird. Als Bürgerin und Bürger, als ArbeitnehmerIn, KonsumentIn, BewohnerIn... in jedem Aspekt unseres gesellschaftlichen Daseins müssen wir die

Frage nach der Definitionsmacht stellen, nach den Bestimmungsrechten über unsere Gegenwart und Zukunft, über unser Leben, die Frage nach Demokratie und Menschenrechten.

Partei für Gerechtigkeit

In diesem Verteilungskampf um Geld und Macht gilt es Partei zu sein auf der Seite der Gerechtigkeit, des Ausgleichs, der Chancengleichheit, des Lebens. Gewerkschaften können den Hebel dort ansetzen, wo das Kapital seine Ausbeutungsmacht bezieht: bei der Verfügung über die Ware Arbeitskraft, bei seiner Abhängigkeit über diese wichtigste Ressource, den Rohstoff des Profits. Dem wirtschaftlichen Anspruch auf Verfügungsallmacht können sie das Recht jedes Menschen zur Selbstbestimmung des eigenen Lebens und das gemeinsame solidarische Handeln für gesellschaftliche Interessen gegenüberstellen.

Menschen sind keine Ware, die fremdbestimmt den Zwängen der Wirtschaft folgen muss. Dies ist unser Leben, unsere Gesellschaft, unsere Umwelt, unsere Arbeit, unsere Arbeitszeit. Wir fordern eine Welt, in der es sich gut leben lässt und vor allem verlangen wir Zeit zum Leben. Der immense Reichtum, der global produziert wird, würde bei weitem ausreichen, allen Menschen ein Leben in Würde, in materieller Sicherheit und ideeller Freiheit zu gewähren. Die Frage der Verteilung von Reichtum und Verfügungsmacht über Mensch und Material ist die politische Schlüsselfrage – weltweit und hier in der Schweiz.

Nur wenn es gelingt, Verteilungsgerechtigkeit durchzusetzen, können alle Menschen wieder auf ein Leben hoffen, das ihnen selber gehört und das es sich wirklich zu leben lohnt. Für dieses Menschenrecht auf ein würdiges Leben sollten Gewerkschaften gemeinsam mit KonsumentInnen-Organisationen, Umweltverbänden, Frauen- und Friedensgruppen usw. kämpfen – und allen Menschen so eine Handlungsperspektive bieten gegen individuelle Ohnmacht und vermeintliche wirtschaftliche Allmacht. Gemeinsam wären wir stark.